

FRANKFURT, ABER RICHTIG!

WAHLPROGRAMM
zur Kommunalwahl
am 14. März 2021



INHALT

Demokratie und Bürgerbeteiligung	Seite 4
Haushalts- und Finanzpolitik	Seite 5
Sozial- und Wohnungspolitik	Seite 6
Familien-, Jugend- und Seniorenpolitik	Seite 8
Stadtplanung und Stadtentwicklung	Seite 9
Stadtökologie und Klimaanpassung	Seite 11
Mobilität und Verkehrsplanung	Seite 12
Sicherheit und Ordnung	Seite 16
Sauberkeit	Seite 17
Kultur-, Freizeit und Sportpolitik	Seite 18
Bildungspolitik	Seite 20
Integration	Seite 21
Corona-Krise	Seite 22

Vorwort

FRANKFURT, ABER RICHTIG!

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

seit mehr als 25 Jahren setzen sich die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** für unsere Stadt und ihre Bürger ein. Als größte parteifreie Wählervereinigung in Frankfurt vertreten wir Ihre Interessen in allen 16 Ortsbeiräten, der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat.

Dabei wissen wir, was zählt. Denn wir sind engagierte Frankfurter Bürger, die hier leben, arbeiten, wohnen, einkaufen, ausgehen. Als Kenner der Stadtgesellschaft machen wir Politik ausschließlich für Frankfurt, also im Bereich des kommunalen Ehrenamtes, ohne Partei zu sein. Deshalb sind wir keiner bundespolitischen Agenda verpflichtet, sondern folgen ausschließlich der praktischen politischen Vernunft. Wir sind unabhängig und wir denken frei!

Ihre Stimme am 14. März 2021 der Liste der **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** zu geben, ist deshalb eine Entscheidung, die viele gute Gründe hat. Diese finden Sie in unserem Programm für die Wahlperiode 2021 bis 2026, das Ihnen hier vorliegt. Wir dokumentieren damit unsere Bereitschaft

und den Willen, weiterhin Verantwortung zu übernehmen und auch in den nächsten fünf Jahren die Politik in und für Frankfurt mitzugestalten. Unser Programm ist keine Wunschliste mit Versprechungen, die sich ohnehin nicht einlösen lassen, sondern es enthält umsetzbare Vorschläge, die auf einer genauen Kenntnis des Möglichen und des Notwendigen für unsere Heimatstadt Frankfurt basieren.

Es ist das Programm für einen längst überfälligen Politikwechsel – für die Beendigung der nahezu unumschränkten Parteiherrschaft im Rathaus Römer, einer zutiefst zerstrittenen Schwarz-Rot-Grünen Koalition und für eine Politik mit guten Zukunftsperspektiven. Bitte urteilen Sie selbst!



Ihr

Mathias Pfeiffer

Mathias Pfeiffer

Vorsitzender

BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF e.V.





KOMMUNALE DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG

Der Zustand der städtischen Demokratie ist in vielerlei Beziehung schlecht, die Macht der Bundesparteien und ihrer Frankfurter Ableger ist zu groß. Diese Macht wird dazu missbraucht, ein Netz von Einflussnahme und Abhängigkeiten quer durch fast alle Bereiche der Stadt zu spinnen. Der AWO-Skandal, in den sowohl CDU, SPD als auch GRÜNE in Frankfurt mit mindestens jeweils einer Personalia verstrickt sind, ist hierfür ein trauriges Beispiel.

Das Ergebnis des bislang ersten, einzig und alleine am Quorum gescheiterten Bürgerentscheids im Juni 2016 zur Rettung der traditionsreichen Niederräder Galopprennbahn hat eindrucksvoll gezeigt, wie wenig repräsentativ die Mehrheitsmeinung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu manch politischer Fragestellung in Frankfurt ist. Dies gilt es zu ändern.

Unsere Positionen:

- Jegliche Möglichkeit direkter Demokratie soll bei wichtigen Fragen kommunaler Politik ausgeweitet und genutzt werden. Deshalb ist bei Bund und Land darauf hinzuwirken, dass die Einleitung von Bürgerbegehren erleichtert und die Gültigkeit von Bürgerentscheiden mit deutlich niedrigeren Hürden ermöglicht werden. Einen ersten wichtigen Schritt hat das Land Hessen mit der Absenkung des Quorums für Bürgerentscheide von 25 % auf 15 % in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern zum 01.01.2016 bereits vollzogen.
- Ebenfalls seit Anfang 2016 kann die Stadtverordnetenversammlung anstelle einer eigenen Entscheidung die Durchführung eines Bürgerentscheids beschließen, das sogenannte „Vertreterbegehren“. Von dieser Möglichkeit ist bei für unsere Stadt bedeutenden Zukunftsentscheidungen zukünftig Gebrauch zu machen und somit den Bürgerinnen und Bürgern die Beschlussfassung unmittelbar zu übertragen.
- Bei den ersten drei vom Magistrat und/ oder den Fraktionen angemeldeten Themen zu einer Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung muss ein aktueller Bezug vorliegen. Ist dieser nicht schlüssig nachvollziehbar, wird das angemeldete Thema auf der jeweiligen Tagesordnung nachrangig behandelt.
- Der faktisch in der Stadtverordnetenversammlung und zum Teil auch in den Ortsbeiräten herrschende Fraktionszwang muss beendet werden. Diesbezüglich ist eine öffentliche Selbstverpflichtung der Mandatsträger ebenso anzustreben wie eine Verankerung in der Geschäftsordnung der jeweiligen Gremien.
- Die Bürgerfragestunde in den Ausschusssitzungen der Stadtverordnetenversammlung wird in allen Fachausschüssen gleichermaßen strukturiert, so dass das jeweilige Prozedere für die anwesenden Bürger einheitlich und somit leicht verständlich sowie gut nachvollziehbar ist.
- Berichte und Präsentationen der Dezernenten in den Fachausschüssen erfolgen zukünftig erst nach erfolgter Diskussion der Tagesordnungspunkte. Ausnahmen hierzu bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Ausschussmitglieder. Die Berichte selbst sind möglichst kurz zu halten.
- Seitens der Stadtverordneten sind künftig ebenfalls Fragen an die Dezernenten zu aktuellen kommunalpolitischen Themen und Entwicklungen erlaubt, auch wenn von den Dezernenten nicht zu diesen berichtet wurde.
- In den Aufsichtsratsgremien der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen müssen zukünftig auch Mitglieder aller Oppositionsfraktionen vertreten sein, die mehr als fünf Stadtverordnete umfassen.
- Da der Ortsbezirk 6 nach Einwohnerzahl und Fläche einer mittleren hessischen Großstadt gleicht, ist eine Neuaufteilung der betreffenden neun Stadtteile in mindesten zwei Ortsbezirke anzustreben.

HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Die skandalösen Vorgänge um den Sozialkonzern AWO (Arbeiterwohlfahrt) in Frankfurt und Wiesbaden haben nicht nur die Glaubwürdigkeit dieser der SPD nahestehenden Organisation und des derzeitigen Oberbürgermeisters Peter Feldmann (SPD) erschüttert. Offensichtlich wurden auch erschreckende Schwachstellen bei der Kontrolle der Gewährung von städtischen Fördermitteln an die Träger der freien Wohlfahrtspflege, wie z.B. die AWO, die diesen Missbrauch überhaupt erst möglich gemacht haben.

Missbrauch wirksam verhindern!

Dieser leichtfertige Umgang mit dem Geld der Steuerzahler muss und kann beendet werden. Dazu bedarf es jedoch eines politischen Willens, den weder der jetzige Magistrat noch die Römerkoalition aus CDU, SPD und Grünen besitzt. Deshalb wurde von diesen Parteien der begründete BFF-Antrag zur Bildung eines „Sonderausschusses zum AWO-Komplex“ abgelehnt – ein Schlag ins Gesicht all jener, die wissen wollen, warum sich die AWO-Chefs Traumgehälter und Luxus-Dienstwagen leisten konnten.

Die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** bekennen sich zu „Frankfurt als sozialer Stadt“. Doch kann es diese soziale Stadt nur geben, wenn sie auch bezahlbar ist und dem Missbrauch von städtischen Finanzen zukünftig ein Riegel vorgeschoben wird.

Unsere Positionen:

- Die Höhe der städtischen Zuschüsse für die freien Träger im Kinder-, Jugend- und Sozialbereich sowie im Drogen-, Gesundheits-, Kultur- und Frauenbereich werden vollständig neu berechnet. Es erfolgt weder eine Fortschreibung der bisher gewährten Zuschüsse oder Platzpauschalen, noch eine wie auch immer generalisierte Anpassung derselben, etwa aufgrund von Tarifsteigerungen. Stattdessen werden die freien Träger dazu verpflichtet, ihre Kosten und Kalkulation gegenüber der Stadt Frankfurt mit der Methode des „Open Book Accounting“ offenzulegen und damit ihren Beitrag für Klarheit und Fairness bei der Vergabe der städtischen Zuschüsse zu leisten.

- Seitens der Stadt werden verbindliche Förderrichtlinien beschlossen. Die städtischen Zuwendungsregelungen werden konkretisiert und insbesondere Mehrfachförderungen ausgeschlossen.
- Das Revisionsamt der Stadt Frankfurt wird politisch, personell und materiell so gestärkt, dass es insbesondere die effektive Kontrolle der Gewährung sowie der zweckmäßigen Verwendung städtischer Fördermittel umfassend sicherstellen kann.
- Ein ausgeglichener städtischer Haushalt ist notwendiger denn je. Es ist daher unverzichtbare Aufgabe der Politik, endlich den Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit anzuwenden und die Ausgaben mit den Einnahmen der Stadt in Einklang zu bringen.
- Der Magistrat wird in der neuen Wahlperiode um zwei Dezernate auf acht Dezernate verkleinert. Über Kosteneinsparungen hinaus trägt diese Maßnahme auch zu einer Effizienzsteigerung in der Verwaltung der Stadt Frankfurt bei.
- Die bislang vom Magistrat und den regierenden Parteien in Frankfurt selbstgesetzten Standards bei Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen sind auf das nötige Maß zu reduzieren.
- Es hat das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ zu gelten. Deshalb müssen der Bund und das Land Hessen bei der Übertragung von neuen bzw. zusätzlichen Aufgaben an die Stadt Frankfurt für den jeweils notwendigen finanziellen Ausgleich sorgen.
- Alle mit der Unterbringung und dem Aufenthalt von Asylbewerbern in Frankfurt verbundenen Kosten müssen vollumfänglich vom Bund und/oder Land getragen werden. Dafür setzt sich die Stadt bei den entsprechenden Stellen ein; notfalls auch mit juristischen Mitteln.
- Keine Erhöhung von städtisch erhobenen Steuern, Gebühren und Abgaben zu Lasten der Bürger.
- Der stümperhafte Umgang mit städtischen Immobilien, die entweder im Leerstand seit Jahren verfallen (wie z.B.

das Oberforsthaus in Niederrad, der Paradieshof in Sachsenhausen oder das ehemalige Verwaltungsgebäude am Waldfriedhof in Oberrad) oder solchen, die von der Stadt quasi mietfrei linksextremen „Initiativen“ überlassen werden, die z.T. sogar unter Beobachtung des Landesamts für Verfassungsschutz stehen (das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeldstraße 5, das „Café Exzess“ in der Leipziger Straße 91 sowie die seit über 35 Jahren rechtswidrig besetzte Immobilie „In der Au 14-16“) muss beendet werden. Die im Eigentum der Stadt befindlichen Liegenschaften sind umgehend einer sinnvollen Nutzung zuzuführen.

- Der seit 2015 währende Leerstand im historischen Ratskeller im Rathaus Römer ist ebenfalls umgehend zu be-

enden und das Objekt wieder einer öffentlichen gastronomischen Nutzung zuzuführen, woraus langfristige Einnahmen durch Vermietung bzw. Verpachtung für die Stadt Frankfurt resultieren.

- Über den Haushalt Frankfurts ist von Jahr zu Jahr zu entscheiden, verbunden mit einer alljährlichen Generaldebatte zur finanziellen und politischen Situation der Stadt. Doppelhaushalte, wie sie insbesondere in Jahren vor bzw. mit Kommunalwahlen in Frankfurt gang und gäbe sind, lehnen wir ab. Denn damit soll die notwendige politische Debatte um die städtischen Finanzen – und insbesondere deren Verwendung – im Wahlkampf ausgeblendet werden.



SOZIAL- UND WOHNUNGSPOLITIK

Das Leben in Frankfurt soll für alle sozialen Schichten nicht nur lebenswert, sondern auch bezahlbar sein. Beides kann nur realisiert werden, wenn der immer stärkere Anstieg des Anteils der Produktgruppe „Soziales“ am städtischen Haushalt gebremst und schrittweise reduziert wird. Denn die Stadt Frankfurt muss in den kommenden Jahren hohe Investitionen für unaufschiebbare verkehrliche, technische, ökologische und kulturelle Großprojekte aufbringen. Diese wiederum dienen und nutzen allen Frankfurterinnen und Frankfurtern.

Mit Ankündigungen allein ist es nicht getan

Sozialer Frieden ist ein wichtiges Ziel städtischer Politik, er lässt sich aber nicht mit Geld „kaufen“, das die Stadt mit immer weiter steigenden Schulden belastet. Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums haben vor allem Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen immense Schwierigkeiten, eine für sie bezahlbare Wohnung in Frankfurt zu finden. Diese Aufgabenstellungen lassen sich nicht mit Versprechen und Ankündigungen seitens der politisch Verantwortlichen lösen, sondern nur durch die Einleitung und Umsetzung der hierfür notwendigen Schritte und Maßnahmen.

Unsere Positionen:

- In den städtischen Haushalt wird die freiwillige Leistung eines kommunalen Wohngeldes eingestellt. Dieses setzt oberhalb der Anspruchsgrenzen des bereits existierenden Wohngeldes als staatlicher Miet- und Lastenzuschuss nach dem Wohngeldgesetz an. Ansonsten orientiert es sich weitestgehend an den dort geregelten Kriterien (Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, Höhe der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung etc.). Zielgruppe dieser Subjektförderung in Form eines durch die Stadt Frankfurt gewährten kommunalen Wohngeldes sind Mieter bzw. Wohnungseigentümer, die für die Qualität sowie Aufrechterhaltung der technischen und sozialen Infrastruktur unserer Stadt unverzichtbare Funktionen

aufweisen (z.B. Polizisten, Feuerwehrleute, Mitarbeiter von Kindertagesstätten, Kranken- oder Alterspflegekräfte usw.). Durch die Gewährung dieses kommunalen Wohngeldes wird sichergestellt, dass sich Menschen, die diesen Berufsgruppen angehören, das Wohnen in Frankfurt leisten bzw. weiterhin leisten können.

- Die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** setzen sich für die Förderung und Respektierung von Wohneigentum ein. Doch hat auch Artikel 14 (2) des Grundgesetzes eine hohe Bedeutung, wonach Eigentum zum Wohl der Allgemeinheit verpflichtet. Die Stadt Frankfurt muss daher geeignete Instrumente entwickeln, mit denen spekulativer Wohnungsleerstand nach einer halbjährigen Toleranzfrist sanktioniert werden kann.
- Kommunale Initiativen zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge, die über das sich aus dem Quotensystem für die Erstverteilung von Asylbegehrenden („Königsteiner Schlüssel“) für Frankfurt ergebende Kontingent hinausgehen, lehnen wir grundsätzlich ab. Ein solches Ansinnen ist auch in Anbetracht von 10.000 Familien, die in unserer Stadt auf der Warteliste für eine Sozialwohnung stehen, nicht zu verantworten.
- Da die Haushaltsgruppe „Soziales“ einen immer größeren Teil des Haushalts beansprucht, müssen die sogenannten „Freiwilligen Leistungen“ in diesem Bereich grundlegend überprüft bzw. überarbeitet werden. Reduzierungen oder Streichungen öffentlicher Mittel dürfen – auch in Anbetracht der in Folge der Corona-Krise wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen – kein Tabu sein.
- Das Bestattungs- und Friedhofswesen in Frankfurt wird künftig Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge. Die ohnehin strukturell defizitäre Friedhofs- und Bestattungsordnung wird aufgehoben und durch eine Kostenbeitragsordnung ersetzt, die Beerdigungen in Frankfurt wieder für alle sozialen Schichten erschwinglich macht. Denn auch unseren Verstorbenen sollte ein Recht auf Heimat zugestanden werden.

FAMILIEN-, JUGEND- UND SENIORENPOLITIK

Jugend und Alter sind zwei Stationen menschlichen Lebens mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen. Frankfurt beheimatet in Folge seiner wachsenden Bevölkerung eine große Zahl junger Menschen, wird aber auch von einer ebenfalls wachsenden Zahl an älteren und alten Menschen bewohnt. Für beide Altersgruppen soll unsere Stadt gute Lebensbedingungen bieten. Das ist nicht alleine eine Frage finanzieller Möglichkeiten, sondern auch des gegenseitigen Respekts und Verständnisses.

Familien und viel mehr

Natürliches Bindeglied zwischen den Generationen ist nach wie vor die Familie, diese ist daher bei der Erfüllung ihrer zentralen Aufgaben seitens der Politik maßgeblich zu unterstützen. Aber auch die Gestaltung außerfamiliärer Generationenbeziehungen kann und darf in einer Großstadt wie Frankfurt – mit einem Anteil von 48 % Single-Haushalten – nicht vernachlässigt werden.

Unsere Positionen:

- Die Öffnungszeiten für Krippen, Kindergärten und Horten sind besser auf die Bedürfnisse der berufstätigen Eltern abzustimmen.
- Kinder und junge Menschen brauchen Freiräume zum Spielen und Erproben von Fähigkeiten jeder Art. Darauf muss bei weiterer Verdichtung der Wohnbereiche Rücksicht genommen werden. Die Raumnutzung für Kinder und Jugendliche ist deshalb systematisch in die Stadtplanung einzubeziehen.
- Aufgrund des hohen und steigenden Anteils von Kindern und Jugendlichen mit familiärer Einwanderungsgeschichte muss die Vermittlung gewachsener sittlicher und geistiger Werte mehr Bedeutung als bislang erhalten. Diesem Ziel werden alle von der Stadt betriebenen bzw. geförderten Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit verbindlich und nachprüfbar verpflichtet.
- Für arbeitslose oder noch nicht ausbildungsfähige Jugendliche und junge Menschen bis 26 Jahren macht die Stadt in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Stellen sowie Bund und Land Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsangebote, deren Wahrnehmung verpflichtend ist. Dabei werden individuelle Fähigkeiten und Neigungen berücksichtigt, gute Leistungen können zusätzlich honoriert werden. Das soll den Selbstwert und Mut zur eigenen Leistung der jungen Menschen aktivieren und stärken.
- In Anbetracht der demografischen Entwicklung muss der Bau seniorengerechter Wohnungen weitaus stärker als bislang gefördert werden.
- Gleiches gilt für die Förderung von Mehrgenerationenwohnen, wo durch das Zusammenleben mehrerer Generationen alle auf unterschiedliche Weise profitieren und ein gegenseitiges Verständnis füreinander bei Jung und Alt geschaffen wird.
- Pflege in vertrauter Umgebung soll Vorrang haben. Ein engmaschiges Versorgungssystem für hilfs- und pflegebedürftige Senioren in der eigenen Wohnung muss menschlich und finanziell Priorität in der städtischen Sozialpolitik bekommen.

STADTPLANUNG UND STADTENTWICKLUNG

Frankfurt hat in den vergangenen Jahren einen hohen Bevölkerungszuwachs verzeichnet, der sich auch in Zukunft weiter fortsetzen könnte. Das ist einerseits der Beweis für die Attraktivität und Wirtschaftskraft unserer Stadt mitten in Deutschland und Europa. Andererseits bringt dieses Bevölkerungswachstum erhebliche, im vollen Umfang noch nicht abzusehende Schwierigkeiten mit sich. Denn im Gegensatz zur Einwohnerzahl ist die Grundfläche der Stadt um keinen Quadratmeter gewachsen.

Die neue Altstadt zeigt: Kreativität ist gefragt!

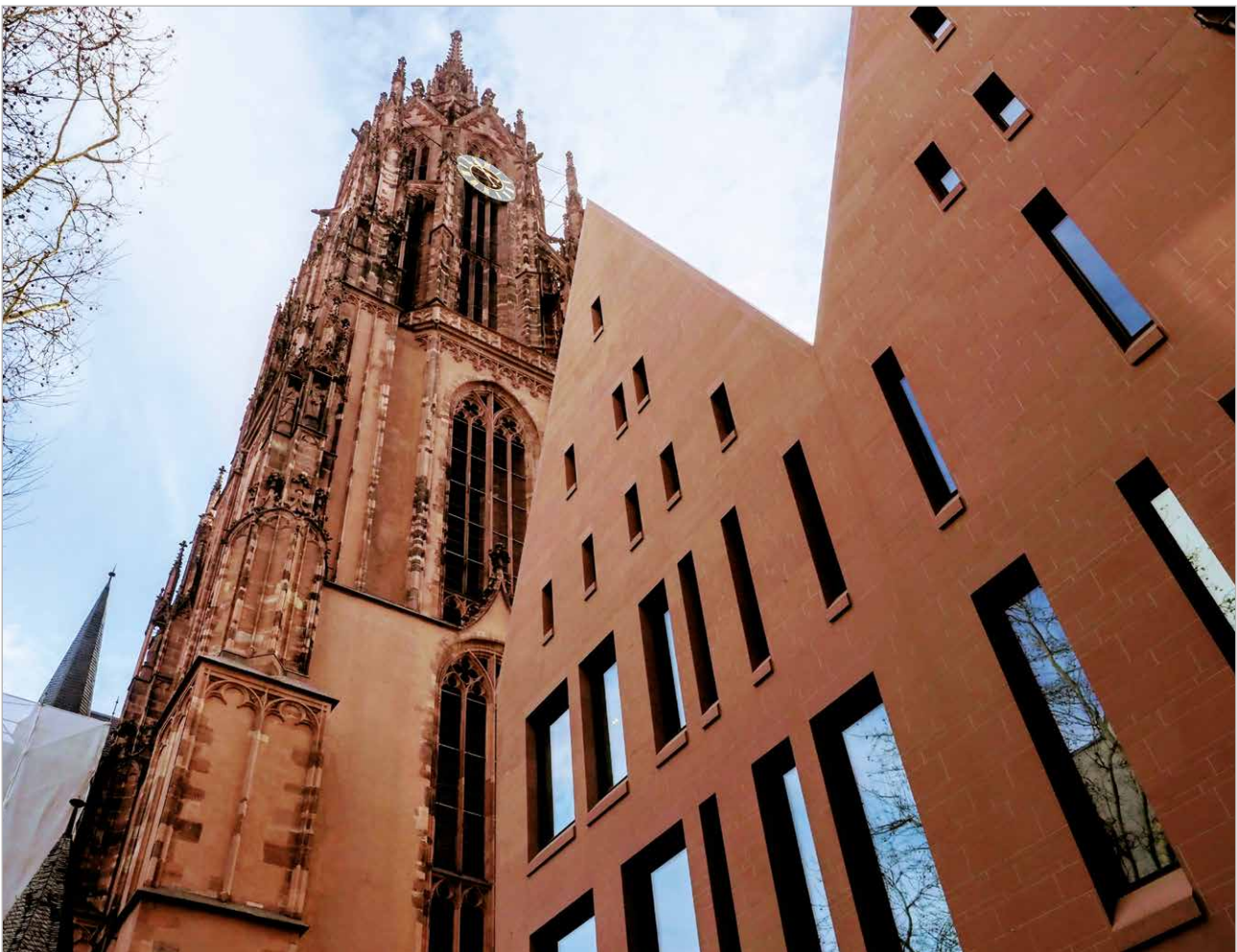
Nicht nur bezahlbarer Wohnraum ist in Frankfurt sehr knapp geworden. Auch der öffentliche Raum leidet zunehmend unter Überbeanspruchung. Die Verkehrsinfrastruktur Frankfurts ist stark belastet und bedarf großer Investitionen, Hort-, Kindergarten- und Schulplätze stehen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Dieser Entwicklung darf nicht tatenlos zugesehen werden, sie muss gestaltet werden. Ansonsten wird Frankfurt an Lebensqualität einbüßen.

Mit ihrer erfolgreichen Initiative für die „Neue Altstadt“ haben die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** einen historischen Beitrag für die Attraktivität und Lebensqualität unserer Stadt geleistet. Auch den skizzierten, neuen Herausforderungen stellen wir uns mit realistischen Konzepten.

Unsere Positionen:

- Grundsätzlich sind die aus dem Bevölkerungswachstum resultierenden Aufgabenstellungen nicht in den Grenzen der Stadt, sondern nur innerhalb der Metropolregion FrankfurtRheinMain lösbar.
- Die vom jetzigen Magistrat und der Römerkoalition aus CDU, SPD und GRÜNE geplante Errichtung einer großen neuen Trabantenstadt auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen im Frankfurter Nordwesten („Josefstadt“) lehnen wir rigoros ab. Eine dauerhafte Versiegelung und damit endgültige Vernichtung dieser hochwertigen Agrarböden, wie sie in Deutschland nicht mehr oft vorzufinden sind, ist nicht vertretbar. Darüber hinaus sprechen eine Vielzahl von ökologischen, klimatischen und infrastrukturellen Faktoren gegen einen neuen Stadtteil an dieser Stelle.
- Auch die Schaffung eines weiteren Gewerbegebietes im Stadtteil Nieder-Eschbach, Bereich Züricher Straße/ Anna-Lindh-Allee lehnen wir konsequent ab. Die dort zur Disposition stehende Freifläche fungiert als Kaltluftentstehungsfläche und Frischluftschneise und ist, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels, für die Sicherstellung eines noch erträglichen Stadtklimas in Frankfurt unentbehrlich.
- Einer intelligenten Innenentwicklung – insbesondere in Form der Revitalisierung von Brachflächen, untergenutzten Gewerbegebieten, einer Aufstockung von Wohngebäuden sowie der Umwandlung von leerstehenden Bürogebäuden in Wohnimmobilien – ist grundsätzlich Vorrang vor der Außenentwicklung zu geben. Letztere ist nicht nur langwierig, sondern in der Regel auch mit einer zusätzlichen Flächenversiegelung verbunden, die einen weiteren Eingriff in den Naturhaushalt darstellt und die negativen Auswirkungen des Klimawandels verstärkt.
- Alle potentiellen Möglichkeiten des Rückbaus und der Verlagerung überdimensionierter Verkehrs- und Logistikinfrastrukturen, z.B. in die Peripherie von Frankfurt oder ins Umland, sind dahingehend zu prüfen, inwieweit sich dadurch Potentiale für die innenstadtnahe Entwicklung von neuen Wohnquartieren heben lassen.
- Die Flächenkonkurrenz zwischen den Nutzungsformen Wohnen, Büro/Gewerbe und Landwirtschaft erfordert einen Interessenausgleich, der den Bedürfnissen aller Frankfurterinnen und Frankfurter gerecht wird und dabei sowohl für Unternehmen als auch für Landwirte höchstmögliche Standortsicherheit gewährleistet.
- Neue bzw. erweiterte oder verdichtete Wohnquartiere dürfen nur dort realisiert werden, wo diese nach Abwägung sozialer, ökologischer und verkehrlicher Gesichtspunkte stadtplanerisch vertretbar sind. Dabei ist zu beachten, dass der Charakter der jeweiligen Stadtregion bzw. des Stadtteils erhalten bleibt.

- Vor jeder städtebaulichen Maßnahme müssen unter Beteiligung der im Umfeld bereits ansässigen Bewohner alle infrastrukturellen und verkehrlichen Voraussetzungen geklärt werden. Dabei ist auch die soziale Struktur im Quartier zu berücksichtigen, um einer sozialräumlichen Segregation vorzubeugen und den sozialen Frieden zu bewahren.
- Insbesondere bei umfangreicheren Planungs- und Bauprojekten ist die Öffentlichkeit frühzeitig zu informieren und eine umfassende Bürgerbeteiligung sicherzustellen, um auf diesem Wege die notwendige Transparenz und Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.
- Wo immer es im innerstädtischen Bereich sinnvoll und möglich ist, sind umfassende Stadtreparaturen vorzunehmen. Das gilt vorrangig für den Bereich um die Alte Mainzer Gasse, die Hauptwache als einen der zentralen Plätze in Frankfurt, Alt-Sachsenhausen sowie die völlig missglückte Gestaltung der Platzfolge Rossmarkt, Goethe- und Rathenauplatz.
- Der sich derzeit rasant vollziehende Strukturwandel im Einzelhandel erfordert auch in Frankfurt neue Nutzungskonzepte und -formen für Einkaufsstraßen und Fußgängerzonen. Es ist Aufgabe der Stadtentwicklung, auf diesem Gebiet proaktiv und vorausschauend zu planen. Dies betrifft nicht nur die Innenstadt und hier insbesondere die Einkaufsmeile „Zeil“, sondern auch die entsprechenden Lagen in den Stadtteilen.



STADTÖKOLOGIE UND KLIMAAANPASSUNG

Spürbare klimatische Veränderungen sind auch in Frankfurt festzustellen, sowohl in Form der Zunahme von Hitzetagen als auch von Starkregenereignissen. Darauf gilt es, sich auch politisch einzustellen. Ideologie und teure Kampagnen helfen nicht weiter und nutzen wenig. Auch vermag Frankfurt weder das Weltklima zu beeinflussen oder gar zu retten.

Klimaanpassung statt Klimahysterie

Es ist jedoch sehr wohl möglich, die mit den klimatischen Veränderungen für die Stadtbevölkerung einhergehenden Belastungen durch geeignete Maßnahmen auf kommunaler Ebene zu reduzieren und zu lindern.

Unsere Positionen:

- Frankfurt benötigt endlich wieder eine funktionierende Brauchwasserversorgung, vor allem für die für das Mikroklima so wichtigen Stadtbäume. Deren Versorgung mit wertvollem, vorwiegend aus dem Vogelsberg und dem Hessischen Ried importierten Trinkwasser ist umwelt- und regionalpolitisch ein Dauerskandal.
- Die Trinkwasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben. Bestehende Wasserwerke im Stadtgebiet sollen geschützt und weiter in Betrieb bleiben. Bei bereits stillgelegten Wasserwerken ist die Möglichkeit einer Wiederinbetriebnahme zu prüfen. Diese Maßnahmen sind gerade auch vor dem Hintergrund der starken Bevölkerungszunahme und einem damit einhergehenden steigenden Wasserbedarf geboten.
- Der klimaverträglichen Nachverdichtung im Bestand, also einer Innenentwicklung bei gleichzeitiger Aufwertung und Ausweitung innerstädtischer Grünflächen, muss der Vorrang vor einer weiteren Außenentwicklung eingeräumt werden.
- Nicht bzw. untergenutzte Verkehrs- und Siedlungsflächen werden, sofern sie nicht revitalisiert bzw. keiner anderen Nutzung zugeführt werden können, entsiegelt.
- Eine Neuversiegelung von Kaltluft- und Frischluftentstehungsgebieten in der Peripherie von Frankfurt, mit allen negativen Auswirkungen auf das Stadtklima und den Wasserhaushalt, lehnen wir konsequent ab.
- Die Stadt Frankfurt berät und fördert die örtlichen Landwirte bei der Umstellung von der konventionellen auf eine ökologische Wirtschaftsweise. Von einer Förderung sollen auch jene Landwirte profitieren, die nur teilweise ökologisch wirtschaften, z.B. mit einer nachhaltigen Fruchtfolge.
- Die Stärkung der örtlichen Landwirtschaft wird gezielt vorangetrieben, u. a. durch den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten, Impulsen für Direktvermarktung und dem Aufbau einer Frankfurter Regionalmarke für landwirtschaftliche Erzeugnisse.
- Der Erhalt der Frischluftzufuhr in die Stadt, insbesondere in die dichtbesiedelten inneren Bereiche, muss in jeder bisherigen Weise geschützt und erhalten bleiben. Dieser mikroklimatischen Notwendigkeit muss jede städtebauliche Maßnahme untergeordnet werden.
- Verstöße gegen die Vorschrift, dass Vorgärten im Frankfurter Stadtgebiet gärtnerisch anzulegen sind, werden durch die städtische Bauaufsichtsbehörde konsequent sanktioniert.
- Für bereits stark erwärmte Bereiche innerhalb Frankfurts müssen Lösungen entwickelt und umgesetzt werden, um die Überwärmung nachhaltig zu reduzieren. Dies kann etwa in Form von Dach- bzw. Fassadenbegrünungen, Baumpflanzungen, Entsiegelungsmaßnahmen oder die Errichtung von Brunnen bzw. Wasserspielen erfolgen.
- Eine angemessene Zahl von öffentlichen Trinkbrunnen ist in allen Stadtteilen zu errichten, insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer auch in Frankfurt steigenden Zahl von Hitzetagen.

MOBILITÄT UND VERKEHRSPLANUNG

Die im Sommer 2019 vom jetzigen Magistrat und der Römer-Koalition aus CDU, SPD und GRÜNE verabschiedete Zielsetzung einer „Fahrradstadt Frankfurt am Main“ basiert auf einer ideologischen Vorbelastung und ist weder zukunftsweisend noch in der Lage, die Herausforderungen des städtischen Gesamtverkehrs auch nur im Ansatz zu bewältigen. Vielmehr werden mit der Beschreitung eines solchen verkehrspolitischen Irrwegs zusätzliche Konflikte und Probleme geschaffen.

Integrierte Verkehrsplanung statt unüberlegte Versuche

Rein parteipolitisch – oder von einer Verkehrsmittel-Lobby – motivierte Eingriffe in das Verkehrssystem, wie durch den völlig unüberlegten und dilettantischen Verkehrsversuch der probeweisen Sperrung des nördlichen Mainufers, darf es in unserer Stadt zukünftig nicht mehr geben.

Deshalb fordern wir **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** die Erstellung einer integrierten Verkehrsplanung, die die Mobilitätsbedürfnisse von Anwohnern, Beschäftigten, des Wirtschaftsverkehrs sowie des Einzelhandels gleichermaßen berücksichtigt und auf verkehrsträgerübergreifenden Konzepten beruht. Dabei muss die Verkehrspolitik auch diejenigen Bürger aus dem Umland im Blick haben, die in unserer Stadt arbeiten oder als Besucher die Kultur- und Freizeitangebote nutzen und damit zur Wertschöpfung und Vitalität der Metropole Frankfurt beitragen.

Hypermotion ist nicht nur ein trendiges Wort

Deshalb muss Frankfurt als Zentrum in der Metropolregion durch den weiteren Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs mit den Umlandgemeinden „spinnennetzartig“ verbunden werden. Die strahlenförmigen Verbindungen sind dabei besonders schnelle Wege in das Zentrum und aus diesem heraus, während die ringförmigen Verbindungen ein Umfahren des Zentrums ermög-

lichen und das Umland besser vernetzen. Dies wiederum hat eine Kapazitätsentlastung der ins Zentrum führenden

Streckenverbindungen zur Folge und führt somit zu einer besseren und zukunftsweisenden Verteilung der Passagierkapazitäten im ÖPNV.

Nur eine verkehrsmittelneutrale und intermodale Lösung – auf der Basis empirischer Forschung und unter Einbeziehung der Digitalisierung – wird den zukünftigen Anforderungen des Stadtverkehrs (der Hypermotion) in der Metropole Frankfurt gerecht und ist damit dann auch wirklich nachhaltig. Wir setzen uns daher für eine digitale Vernetzung und die Anbindung Frankfurts an bereits bestehende Smart-City-Initiativen, wie z.B. in London, Paris und Shanghai, ein.

Der Flughafen: Herausforderung für Beschäftigte und Stadt

Der Frankfurter Flughafen, in der Vergangenheit das wichtigste internationale Luftverkehrskreuz Deutschlands sowie Jobmotor in der Region und Arbeitsplatz für tausende Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, ist von der Corona-Pandemie in schwere Mitleidenschaft gezogen worden. Der schon fast zur Selbstverständlichkeit gewordene, unaufhaltsame Anstieg der Passagierzahlen wurde durch Corona nicht nur abrupt gebremst, sondern das Fluggastaufkommen ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um gut 80 % eingebrochen (Stand 09/2020). Ein dramatischer Bedeutungsverlust des Frankfurter Flughafens ist daher für die Zukunft nicht auszuschließen, unzählige Arbeitsplätze könnten auf Dauer verloren gehen.

Viele Menschen in unserer Stadt können dieser unvorhersehbaren Entwicklung aber auch eine positive Seite abgewinnen, hat diese doch erheblich weniger Fluglärm für sie zur Folge. Obwohl die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** seit ihrer Gründung im Jahr 1994 niemals den Ausbau des stadtnah gelegenen Flughafens befürworteten, sondern bessere, jedoch leider mehrheitlich stets abgelehnte Alternativen vorgeschlagen hatten, erkennen und verstehen wir die großen Probleme und Herausforderungen, vor denen der Flughafen, die Beschäftigten dort und die Stadt Frankfurt als Miteigentümerin jetzt stehen.

Die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** werden in der Wahlperiode 2021 bis 2026 deshalb die weitere Entwicklung am Frankfurter Flughafen sorgfältig beobachten und – wie schon bisher – für einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen Lärm- und Gesundheitsschutz einerseits und den wirtschaftlichen Erfordernissen andererseits eintreten.

Unsere Positionen:

- Die Verkehrsplanung geht grundsätzlich immer vom schwächsten Verkehrsteilnehmer aus, dem Fußgänger. Insbesondere Rechnung zu tragen ist hierbei dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis von Kindern, Senioren, Blinden und Sehbehinderten sowie bewegungseingeschränkten Menschen.
- Die Daseinsfürsorge der Stadt Frankfurt bezieht sich auf das Mobilitätsbedürfnis ihrer Bürger und somit darauf, die Erfüllung dieses Bedürfnisses sicherzustellen – insbesondere im Hinblick darauf, dass Mobilität gleichbedeutend mit Teilhabe ist. Kommunale Daseinsvorsorge bedeutet nicht, hierfür einen speziellen Verkehrsträger (z.B. ÖPNV) vorzuhalten bzw. eine bestimmte Mobilitätsform (z.B. das Radfahren) bevorzugt zu fördern.
- Verkehr und Mobilität sind aufgrund gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen einem fundamentalen Wandel unterworfen. Im Sinne einer nachhaltigen Verkehrsplanung ist diese daher so anzulegen, dass die kommunalen Verkehrssysteme flexibel anpassbar sind auf zukünftige Veränderungen, insbesondere im Hinblick auf immer kürzer werdende Innovationszyklen.
- Alle Mobilitätsformen werden in dem Sinne gleichberechtigt behandelt, dass jedem Verkehrsteilnehmer eine regelwerkskonforme Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung steht, die das für ihn jeweils maximal mögliche Maß an Verkehrssicherheit gewährleistet; unabhängig davon, ob er gerade als Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer oder mit dem ÖPNV unterwegs ist.
- Maßgeblich bei der Verkehrsplanung ist nicht, womit der Verkehrsteilnehmer an sein Ziel kommt, sondern wie, nämlich schnell und effizient. Hierbei steht die intelligente Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel miteinander im Vordergrund. Das Prinzip der intermodalen bzw. multimodalen Mobilität ist durch die Möglichkeit des nahtlosen Umsteigens in Reihe zu gewährleisten.
- Nachhaltige urbane Mobilität ist für alle Frankfurterinnen und Frankfurter auf lange Sicht von überragender Bedeutung, so dass der Prozess der Verkehrsplanung sowie deren Umsetzung eine möglichst breite Bürgerbeteiligung erfordern.
- Die Stadt Frankfurt am Main investiert in die Öffentlichkeitsarbeit zur Steigerung der Verkehrssicherheit in unserer Stadt. Ziel der Kampagne ist es, Unkenntnis und mangelnder Akzeptanz von Verkehrsregeln sowie rücksichtslosem Verhalten aller Verkehrsteilnehmer entgegenzuwirken (§1 STVO). Wichtige Verkehrsregeln sind dadurch bekannter zu machen sowie ein achtsamer und respektvoller Umgang der Verkehrsteilnehmer untereinander zu fördern.
- Zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr verstärkt die Stadt Frankfurt massiv ihre Maßnahmen gegen regelwidriges und verkehrsgefährdendes Verhalten aller Verkehrsteilnehmer. Hierzu zählen etwa Radfahrer und E-Scooter-Fahrer auf Gehwegen, Falschparker und Falschparkerinnen insbesondere auf Radwegen und Bürgersteigen wie auch Rotlichtverstöße aller Verkehrsteilnehmer. Hierzu wird u. a. die Präsenzzeit von Fahrradstreifen der Stadtpolizei im Stadtgebiet deutlich erhöht.
- Für Mietfahrräder und Miet-E-Scooter wird das bisher in Frankfurt praktizierte „Free-Floating-System“ durch die Einführung eines stationsgebundenen Systems abgelöst, damit wild auf Gehsteigen abgestellte bzw. umgefallene Miet-E-Scooter und -fahrräder endlich der Vergangenheit angehören und die Sicherheit für Fußgänger sich in unserer Stadt wieder deutlich erhöht.
- Für den zügigen Ausbau der Lade-Infrastruktur für E-Mobilität ist – unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure – umgehend ein schlüssiges Konzept zu entwickeln und umzusetzen. Der Rückstand von Frankfurt im

Vergleich zu anderen deutschen Großstädten bei der Lade-Infrastruktur für E-Mobilität ist so nicht länger hinnehmbar.

- Die Stadt Frankfurt beteiligt sich an Pilotprojekten für Wasserstoff-Mobilität und unterstützt damit aktiv die Verfügbarmachung dieser praktisch vollständig emissionsfreien Technik.
- Der angestrebte Umstieg vom Auto auf den ÖPNV erfordert einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV, insbesondere im Bereich der schnellen S-Bahn-Verbindungen. Um diese Leistungsfähigkeit konstant gewährleisten zu können und auch für den zukünftig weiterhin zu erwartenden Anstieg der Fahrgastzahlen gerüstet zu sein, ist ein zweiter S-Bahn-Tunnel in Frankfurt unabdingbar.
- Der derzeit in Planung befindliche Lückenschluss der Stadtbahnlinie U4 zwischen Bockenheim und Ginnheim muss soweit als möglich unterirdisch erfolgen. Eine oberirdische Streckenführung parallel zur Rosa-Luxemburg-Straße (L3004), wie sie der jetzige Magistrat plant, lehnen wir grundsätzlich ab. Vielmehr fordern wir, dass die Stadt in Abstimmung mit Land und Bund prüft, inwieweit die derzeitige Hochstraße, die den Stadtteil Ginnheim zerschneidet, zwischen Miquelknoten und Niddapark zurückgebaut und ebenfalls in einen Tunnel verlegt werden kann.
- Die Möglichkeiten der Verlängerung von Frankfurter U-Bahn-Linien über die Stadtgrenzen hinaus ins Umland (z.B. Linie U4/U7 bis nach Bischofsheim) in Verbindung mit der Errichtung von Park-and-Ride-Parkhäusern an den jeweils neuen Endhaltestellen müssen zeitnah geprüft werden.
- Für eine Verlängerung der U-Bahn-Linie vom Südbahnhof zum Sachsenhäuser Berg sind zeitnah Planungsmittel in den städtischen Haushalt einzustellen. Im Rahmen dieser Planungen ist auch die Errichtung eines Park-and-Ride-Hauses an der neuen Endhaltestelle Sachsenhäuser Warte vorzusehen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass endlich die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer City-Maut geschaffen werden, um zukünftig mittels dieses bereits in zahlreichen europäischen Metropolen erfolgreich eingesetzten Instruments den motorisierten Individualverkehr in Frankfurt nachhaltig reduzieren zu können.
- Die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** fordern eine Einhausung der A661 auch zwischen Friedberger Landstraße und Seckbacher Landstraße, also die Realisierung der Planvariante 1 und somit eine Integration des Galeriebauwerks Seckbacher Landstraße. Die von der Koalition beschlossene Ausführung der kürzeren Variante L2 lehnen wir ab. Eine mögliche spätere Verlängerung der Einhausung ist für die lärmgeplagten Anwohner lediglich ein Hoffnungswert, der ohnehin nicht erfüllt werden wird.

SICHERHEIT UND ORDNUNG

Maximalen Schutz vor Kriminalität, Terrorismus und jedweder politisch oder religiös motivierter Gewalt kann nur eine Stadt bieten, die sich dieser Gefahren bewusst ist und dementsprechend handelt. Daher ist die ausreichende Ausstattung Frankfurts mit Polizei- und Ordnungskräften für die Bürgerinnen und Bürger unerlässlich.

Feindbild Polizei

Immer wichtiger ist dabei, dass allen Männern und Frauen, die für die Sicherheit in unserer Stadt arbeiten, der notwendige Respekt und die verdiente Wertschätzung entgegengebracht wird. Wer aus ideologischen Gründen ein „Feindbild Polizei“ propagiert oder gar praktiziert, handelt gegen die Interessen der großen Mehrheit der Menschen. Ein funktionierendes Helfer-System, zu dem neben den Kräften der Polizei auch die der Feuerwehr und Rettungskräfte zählen, ist für das gelingende Zusammenleben in unserer Stadt unentbehrlich und damit positiv zu bewerten.

Unsere Positionen:

- Es müssen alle Maßnahmen ergriffen und moderne Technik, also auch Videoüberwachung, genutzt werden, um den öffentlichen Raum in allen Zonen der Stadt jederzeit angstfrei begehbar und maximal sicher zu machen. So genannte „No-Go-Areas“ darf es in Frankfurt nicht geben.
- Die Präsenz von Beamten der Landes- und Stadtpolizei muss kontinuierlich in allen Stadtteilen gewährleistet und sichtbar sein.
- Verwaarloste „Angsträume“ werden durch freundliche Neugestaltung optisch aufgewertet. Dies beinhaltet auch die Beseitigung illegaler Graffiti.
- Die offene Drogenszene im Bahnhofsviertel muss durch verstärkte Polizeipräsenz und härtere Repressalien gegen die Straßendealer zerschlagen werden. Sicherheit, Ordnung und Aufenthaltsqualität für Bewohner, Gewerbetreibende sowie Besucher und Reisende ist dort endlich wiederherzustellen.
- Durch eine Öffnung der Konsumräume im Bahnhofsviertel auch in der Nacht (24/7) wird der öffentliche Raum entlastet und die Suchtkranken bleiben zu keiner Zeit sich selbst überlassen.
- Der Obdachlosigkeit von Drogenabhängigen ist entgegenzuwirken, insbesondere hierauf ausgerichtete Wohnprojekte, die den Betroffenen Halt und Sicherheit gewähren, sind von der Stadt verstärkt zu fördern.
- Der Magistrat ist aufgefordert, den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit vierteljährlich eine Übersicht aller Gewaltverbrechen im Stadtgebiet von Frankfurt vorzulegen, welche die möglichst vollständige Auflistung der betreffenden Delikte, des Tatorts und des Geschlechts, Alters, der Staatsbürgerschaft sowie – soweit bekannt – die ethnische Herkunft der Täter umfasst.
- Uniformierte Kräfte aller Blaulichtorganisationen erhalten kostenlose Fahrt im gesamten Frankfurter öffentlichen Personennahverkehr, um damit zu einem subjektiv besseren Sicherheitsgefühl aller Fahrgäste beizutragen.
- Gewalttätigen Übergriffen gegen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten ist mit aller Härte zu begegnen. Dieses konsequente Vorgehen erfordert die volle Unterstützung seitens der Bürger, des Bildungswesens, der Justiz und ganz besonders der Politik.

SAUBERKEIT

Nicht nur nach Meinung vieler Bürger und Besucher hat Frankfurt ein signifikantes Problem mit der Verschmutzung und Verwahrlosung des öffentlichen Raums. Das ist selbstverständlich nicht überall in der Stadt der Fall, jedoch an besonders stark frequentierten Stellen in der Innenstadt und den Stadtteilen, die entsprechend „sichtbar“ sind und damit den Gesamteindruck Frankfurts beim Betrachter prägen.

Nur mehr Mülleimer aufzustellen, reicht nicht aus

Bedingt durch das erhebliche Wachstum der Bevölkerung müssen sich immer mehr Menschen den zur Verfügung stehenden öffentlichen Raum teilen. Massiv verstärkt wurde dieser Nutzungsdruck zuletzt durch die Folgen der Corona-bedingten Maßnahmen, wie etwa die Schließung von Clubs und Diskotheken. Auch wenn sich der überwiegende Teil der Menschen achtsam verhält, gibt es leider eine wachsende Anzahl von Personen, die mit ihrem unachtsamen Verhalten und auch großer Rücksichtslosigkeit unserem Stadtbild schaden.

Dies sind wir nicht bereit, als unveränderlich hinzunehmen: Die Sauberkeit in allen Teilen der Stadt kann und muss verbessert werden. Hierzu bedarf es des Dreiklangs aus Bewusstseinschärfung, Sanktionierung und Kontrolle.

Unsere Positionen:

- Sauberkeit stellt eine wichtige Lebensqualität mit positiver erzieherischer, sittlicher und gesundheitlicher Wirkung dar.
- Der Erziehung zum achtsamen und schonenden Umgang mit dem öffentlichen Raum wird künftig in den Kitas und Schulen erheblich mehr Bedeutung beigemessen. Diese erzieherische Maßnahme erfordert keine zusätzlichen Gelder, hat aber mittelfristig die Einsparung öffentlicher Finanzmittel zur Folge.
- Die Strafen für ordnungswidrige Vergehen gegen die Sauberkeit werden drastisch erhöht; gezielte und kontinuierliche Kontrollen sind durchzuführen.
- Für die Sauberhaltung von Parks und Anlagen an den Wochenenden und Feiertagen wird eine mobile „Besenruppe“ gebildet, die von aufmerksamen Bürgern über eine zentrale Rufnummer oder per SMS und WhatsApp über zu beseitigende Missstände informiert werden kann.
- Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv an der Kontrolle und Information über die Sauberkeitssituation in Frankfurt beteiligen, etwa im Rahmen einer Patenschaft als „guter Engel“ bei der FES, werden mit Vergünstigungen bei der Benutzung öffentlicher städtischer Einrichtungen honoriert.
- Illegal angebrachte Graffitis sind mutwillige Verschmutzungen und Sachbeschädigungen, die nicht zu tolerieren, sondern zu sanktionieren sind. Im öffentlichen Raum ist deren umgehende Beseitigung zu veranlassen, um – entsprechend der „Broken-Windows-Theorie“ – weiteren Vandalismus zu verhindern.
- Abfallbehälter im öffentlichen Raum müssen entsprechend großvolumig und „krähensicher“ gestaltet sein, um zu hindern, dass Vögel den Müll durchstöbern und aus den Behältern herauszerren.
- Um die Restriktionen für den Einsatz von Einwegverpackungen verschärfen zu können, setzt sich die Stadt Frankfurt über den Städte- und Gemeindetag bei der Bundesregierung für eine Änderung des Verpackungsgesetzes sowie die Ausweitung der Pfandpflicht über Getränkeflaschen und -dosen hinaus ein.

KULTUR-, FREIZEIT- UND SPORTPOLITIK

Frankfurts Wirtschafts- und Steuerkraft hat bislang die Finanzierung einer großen Zahl von Institutionen für Kunst und Kultur ermöglicht. Etliche davon genießen national wie international besten Ruf. Doch wie es um die Kultur in Frankfurt tatsächlich bestellt ist, kommt nicht nur in der Qualität hochsubventionierter Spitzeninstitutionen zum Ausdruck. Deshalb sind Förderung und Pflege der sogenannten Alltagskultur Grundvoraussetzungen für das Verständnis von Kultur und das Bedürfnis nach dieser in all ihren Ausprägungen.

Renovieren und Neu Bauen

Drei bedeutende Kulturinstitutionen in unserer Stadt stehen aktuell vor besonderen Herausforderungen und bedürfen in den nächsten Jahren Investitionen in erheblichem Umfang, um deren Zukunftsfähigkeit zu sichern: Oper, Schauspiel und Zoologischer Garten.

Die marode Doppelanlage der Städtischen Bühnen am Willy-Brandt-Platz ist nicht mehr zu sanieren und muss durch einen Neubau für Oper und Schauspiel ersetzt werden. Die Kostenschätzungen hierfür belaufen sich derzeit – je nach Variante – auf gut 800 bis 920 Millionen Euro. Der Zoologische Garten ist ebenfalls „prekär marode“, die Tieranlagen sind zum großen Teil veraltet, 14 der 25 Anlagen sind älter als 50 Jahre, das Flusspferd- und Nashornhaus ist knapp 150 Jahre alt. Eine Umsetzung des bereits vorliegenden Konzepts „Zookunft 2030+“ wird in den nächsten 15 Jahren Investitionen in Höhe von etwa 70 Millionen, wenn nicht gar bis zu 120 Millionen Euro erfordern.

Unsere Positionen:

- Schauspiel und Kammerspiel bleiben am derzeitigen Standort am Willy-Brandt-Platz. Unter Nutzung der noch vorhandenen historischen Gebäudesubstanz von 1902 wird das historische Schauspielhaus dort äußerlich originalgetreu wiederaufgebaut. In seinem Inneren wird es nach dem Stand der heutigen Technik sowie den Anforderungen von Mitarbeitern und Publikum gestaltet, um damit allen Anforderungen an ein modernes Theater gerecht zu werden. Die Kosten für dieses Theaterhaus als

Symbiose aus Tradition und Moderne dürfen dabei die eines Neubaus mit modernistischer Fassadengestaltung nicht übersteigen. Seitens der Stadt Frankfurt ist zeitnah ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten und vorzulegen. Dabei ist insbesondere eine Kostenbeteiligung von Bund, Land sowie privaten und institutionellen Förderern anzustreben.

- Der Neubau der Oper soll in zeitgenössischer, also „moderner“ Architektur an einem repräsentativen, möglichst verkehrsgünstigen Standort in der Innenstadt erfolgen. Da die Oper einen sehr hohen Besucheranteil aus dem Umland aufweist und die Stadt Frankfurt in den nächsten Jahren auch anderweitig hohe Investitionen tätigen muss, sollen die Kosten für Neubau und Unterhalt der Oper zu mindestens 75 % von Bund, Land sowie privaten und institutionellen Förderern getragen werden.
- Der Zoologische Garten ist die mit Abstand beliebteste und auch meistbesuchte Kultur-, Freizeit- und Naturbildungseinrichtung in unserer Stadt. Die Zukunftsfähigkeit des Zoos kann über die Sicherstellung seiner künftigen Attraktivität für die Besucher sowie einer zeitgemäßen, artgerechten Tierhaltung gewährleistet werden. Daher müssen die hierfür notwendigen Investitionen Vorrang in der städtischen Finanzplanung haben. Den Einsatz dafür betrachten die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** daher in der nächsten Wahlperiode als kulturpolitische Priorität.
- Die Pläne für ein städtisches Kinder- und Jugendtheater im Zoo-Gesellschaftshaus werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unterstützt.
- Der Bestand von Stadtteilbibliotheken, Heimatmuseen sowie kulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen soll erhalten bleiben und vorrangig gefördert werden, ebenso die wertvolle Arbeit der Heimat- und Geschichtsvereine.
- Frankfurt soll sich als Goethestadt durch die Wiederaufnahme der „Römerberg-Festspiele“, die vor dem Zweiten Weltkrieg jährlich veranstaltet wurden, kulturell weiter profilieren. Unsere Stadt erhielt damit ein sommerliches Festspiel-Ereignis von internationalem Rang.

- Die Vielzahl der Filmfestivals ist – in Abstimmung zwischen der Stadt Frankfurt und den Veranstaltern – unter einem Dach zu vereinen. Das „Filmfestival Frankfurt“ findet – auch Open Air – im gesamten Stadtgebiet statt.
- Die Stadt Frankfurt strebt die Konzeption und Errichtung eines zentralen Gebäudes für die freie Kulturszene an, in dem verschiedene Künstler und Kulturschaffende aller Sparten eine Heimat finden können.
- Dem generationsübergreifenden und ehrenamtlichen Engagement der Frankfurter Sportvereine im Bereich des Breitensports wird im Rahmen der Gewährung von städtischen Fördermitteln angemessen Rechnung getragen. Die Stadt Frankfurt unterstützt die Vereine darüber hinaus auch im nichtmonetären Bereich, etwa durch die Beratung bei der Standortsuche für neue Sportstätten.
- Die Nutzungsmöglichkeiten der Schulturnhallen für die Frankfurter Sportvereine werden weiter ausgebaut und optimiert.



BILDUNGSPOLITIK

Frankfurt braucht ein solides, ausreichend finanziertes und von ideologisch motivierten Experimenten freies Bildungssystem, in dem sich alle Kinder und Jugendlichen entsprechend ihrer Begabungen und Fähigkeiten entwickeln können. Wir setzen uns daher für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems, bestehend aus Haupt-, Realschule und Gymnasium ein. Den beruflichen Gymnasien und berufsbildenden Schulen ist von der Politik ein höherer Stellenwert beizumessen, das bewährte duale Ausbildungssystem muss gestärkt werden.

Bildung braucht Eine geeignete Umgebung

Gemäß der vom norditalienischen Erziehungswissenschaftler Loris Malaguzzi (1920–1994) stammenden Formulierung, dass der Raum der dritte Pädagoge ist, muss dem von der Stadt Frankfurt verantworteten Schulbau eine hohe Bedeutung beigemessen werden. Denn die erfolgreiche Vermittlung von Bildungsinhalten hängt auch von der Qualität der Umgebung ab, in der diese vermittelt werden. Hierfür zusätzlich eingestellte städtische Haushaltsmittel sind damit rentable Investitionen für die Zukunft unserer Kinder und damit unserer Stadt.

Unsere Positionen:

- Die bedarfsgerechte Versorgung der Frankfurter Schülerinnen und Schüler mit allen Schulformen, und damit die uneingeschränkte Wahlfreiheit der Schulform, ist zu gewährleisten. Entsprechend notwendige Neubauten haben im Stadt- und Bildungshaushalt oberste Priorität. Gleichwohl müssen die Kosten dafür streng kontrolliert werden.
- Schulsanierungen sind gemäß deren Bedürftigkeit zu priorisieren und haben ebenfalls vorrangig zu erfolgen.
- Finanzmittel für die Unterhaltung bestehender Schulen sind in solchem Umfang einzusetzen, dass diese sich jederzeit in einem baulich und hygienisch einwandfreien, optisch gepflegten Zustand befinden.
- In Anbetracht des hohen und weiter steigenden Anteils von Kindern und Jugendlichen mit familiärer Einwanderungsgeschichte aus kulturfremden Regionen muss die Vermittlung sittlicher, kultureller und geistiger Werte der Aufnahmegesellschaft mehr Bedeutung als bisher erhalten. Die Ereignisse auf dem Opernplatz im Sommer 2020 haben die Dringlichkeit dieser Wertevermittlung deutlich gemacht.
- Inklusion im schulischen Bereich soll nur dort stattfinden, wo die entsprechenden individuellen, personellen und technischen Voraussetzungen ausreichend sowie nachhaltig gegeben sind. Das bewährte System der Förderschulen ist zu erhalten.
- In allen Stadtteilen ist die Zurverfügungstellung einer bedarfsgerechten Anzahl an Kindergarten-, Hort- und Betreuungsplätzen sicherzustellen.
- Bei der Planung von neuen Stadtquartieren sind die für die zukünftigen Bewohner notwendigen Bildungseinrichtungen sowie Kindergärten, Horte und Betreuungseinrichtungen von vorneherein mitzudenken.

INTEGRATIONSPOLITIK

In Frankfurt leben Menschen aus über 180 Nationen zusammen, der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund beläuft sich aktuell auf 51,2 Prozent. Diese Tatsachen sind sowohl mit Chancen als auch mit Herausforderungen verbunden. Denn für ein gutes Zusammen- und Miteinanderleben unterschiedlicher Ethnien, Kulturen und Religionen muss jeder Entwicklung hin zum Auseinander und Gegeneinander entschieden entgegengetreten werden.

Der richtige Weg dafür ist immer noch gelingende Integration. Daher halten wir **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** unverändert und unbeirrt an der Ablehnung des 2010 gegen unsere Stimmen von Schwarz-Grün verabschiedeten „Vielfalt“-Konzepts fest. Denn gerade für die immer internationaler gewordene Stadt Frankfurt kann es ohne glückende Integration keine gute und sichere Zukunft geben.

Unsere Positionen:

- Integration ist das allmähliche, sich individuell unterschiedlich vollziehende, freiwillige Hineinwachsen zugewanderter Menschen in den deutschen Lebens- und Kulturkreis. Denn trotz der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre ist und bleibt Frankfurt eine Stadt mitten in Deutschland.
- Die Interessen, Bedürfnisse und das Selbstverständnis der historisch gewachsenen deutschen Aufnahmegesellschaft Frankfurts sind zu respektieren und zu schützen. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass deshalb jemand seine eigene nationale und kulturelle Identität verleugnen oder weniger wertschätzen muss.
- Wer nachhaltig und erfolgreich integrieren will, bedarf selbst einer positiven Identität. Die positiven Seiten der Geschichte und Kultur Frankfurts und Deutschlands werden deshalb künftig in der Politik, der Erziehung, Bildung und im öffentlichen Leben der Stadt weit stärker in den Mittelpunkt gestellt, ohne dabei die negativen Seiten zu ignorieren oder gar zu leugnen.
- Die seit der Grenzöffnung im Herbst 2015 durch die Bundesregierung praktizierte Asyl- und Einwanderungspolitik wird von uns nicht unterstützt. Vielmehr fordern wir eine umgehende Rückkehr zu Recht, Gesetz, internationalen Vereinbarungen und einer politischen Vernunftethik mit allen notwendigen Grenzziehungen.
- Projekte und Initiativen, welche die von fundamentalistischen Muslimen propagierte und ausgelebte Geschlechtertrennung nicht nur befördern, sondern sich dieser auch selbst unterwerfen, laufen dem Gedanken der Integration sowie der grundgesetzlich verankerten Gleichberechtigung von Mann und Frau diametral zuwider. Die finanzielle Förderung der Stadt Frankfurt solcher integrationsfeindlicher und integrationshemmender Projekte und Initiativen ist umgehend einzustellen.
- Die seit 1993 im Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) angesiedelte Ombudsstelle Antidiskriminierung fungiert künftig als Beschwerde- und Schlichtungsstelle in Form einer eigenständigen Behörde in der Stadtverwaltung. Diese hat die Sicherstellung und – soweit möglich – Durchsetzung der gleichberechtigten Behandlung aller in Frankfurt lebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zur Aufgabe.

ZUR CORONA-KRISE

Sowohl der bevorstehende Wahlkampf, die Kommunalwahl in Frankfurt am 14. März 2021, als auch die Zeit danach werden unter dem dunklen Schatten stehen, den die Corona-Krise derzeit wirft. Unabhängig davon, wie Mitglieder, Freunde und Wähler der **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit dieser Krise bewerten:

Niemand kann sich der Situation entziehen, die bereits jetzt – neben allen gesundheitlichen, wirtschaftlichen sowie sozialen Folgen – zu beträchtlichen Defiziten und Schäden in der kommunalen Demokratie geführt hat. Denn insbesondere der politische Diskurs lebt vom persönlichen Austausch, von Versammlungen und einer Debattekultur. Dazu gehört es auch, Gesicht zu zeigen. Das alles ist gegenwärtig und auf unabsehbare Zeit nur stark eingeschränkt oder überhaupt nicht möglich.

Zudem ist es quasi unmöglich, heute ein politisches Programm für die nächsten fünf Jahre vorzulegen, das bereits allen durch die Corona-Krise in der Zukunft noch drohenden Unwägbarkeiten, Unsicherheiten und Verwerfungen Rechnung tragen kann. Es kann also durchaus dazu kommen, dass es Entwicklungen geben wird, die im Hinblick auf unsere Heimatstadt Frankfurt neue programmatische Festlegungen oder Veränderungen notwendig machen.

Solche werden jedoch stets im Geist und der politischen Tradition der parteifreien, unabhängigen Politik der **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** erfolgen. Unter dem geschilderten Vorbehalt, aber mit der Versicherung, unsere politische Identität auch vom Corona-Virus nicht ins Wanken bringen zu lassen, legen wir dieses Wahlprogramm 2021 bis 2026 den Frankfurter Wählerinnen und Wählern vor.



GEMEINSAM FÜR FRANKFURT – WERDEN SIE JETZT AKTIV!

Als Mitglied in unserem Verein, aktiv vor Ort, als Listenkandidat zu den Kommunalwahlen in Frankfurt oder als Mandatsträger: Ihr Engagement für die BFF ist immer willkommen! Denn Frankfurt braucht nach Jahrzehnten der Parteienherrschaft dringend eine Erneuerung im bürgerlichen Sinn! Kontaktieren Sie uns – wir freuen uns auf das persönliche Gespräch mit Ihnen.

☎ 06109-249770

✉ kontakt@bff-frankfurt.de

🌐 www.bff-frankfurt.de

SIE MÖCHTEN UNS FINANZIELL UNTERSTÜTZEN?

Öffentlichkeitsarbeit, Informationsmaterial und Veranstaltungen kosten viel Geld. Auch unsere Wahlkämpfe müssen wir aus Eigenmitteln finanzieren, da es bei Kommunalwahlen keine staatliche Wahlkampfkostenerstattung gibt. Mit Ihrer Spende leisten Sie dazu einen wichtigen Beitrag – vielen Dank dafür!

€ Spendenkonto: BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF e.V.
IBAN: DE50 5019 0000 7000 2502 22 (Frankfurter Volksbank)
SWIFT-BIC: FFVBDEFF

Bitte geben Sie im Verwendungszweck Ihre vollständige Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt zusenden können.

BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF e.V.

c/o Mathias Pfeiffer • Schelmenweg 18 • 60388 Frankfurt
Mobil 0171 1781810 • www.bff-frankfurt.de

